

**Medienmitteilung vom 15. November 2013**

## **Grüne beschliessen über Vorgehensweise und Anträge zur Finanzdebatte Vorübergehendes Defizit als Zeichen politischer Verantwortung**

**Die Grünen haben an ihren Fraktionssitzungen von Donnerstag und Freitag ihre Haltung zur Angebots- und Strukturüberprüfung ASP und zur allgemeinen Voranschlagsdebatte diskutiert. Die Grünen tragen die Angebots- und Strukturüberprüfung zu einem grossen Teil mit. Allerdings sind die Grünen nicht bereit, fünfzehn sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitisch besonders verheerende Massnahmen zu unterstützen. Der Verzicht auf diese Massnahmen hat für das Jahr 2014 eine Neuverschuldung von 59 Mio. Franken zur Folge. Die Grünen vertreten die Auffassung, dass dies finanzpolitisch problemlos mach- und verantwortbar ist.**

Aufgrund nicht finanzierter Steuersenkungen befindet sich der Finanzhaushalt des Kantons Bern in Schieflage. Gemäss dem ASP-Bericht zeichnet sich ab 2014 ein strukturelles Defizit von 400 bis 450 Mio. Franken ab. Seit der Erstellung der ASP-Analyse durch BAKBASEL haben sich die Konjunkturaussichten verbessert: So wird für das laufende Jahr mit einem spürbar höheren Wirtschaftswachstum gerechnet als vor einem Jahr. Diese Entwicklung wird sich in höheren Steuererträgen niederschlagen und das Defizit verringern.

ASP ist das 14. Sparpaket des Kantons Bern innerhalb von 20 Jahren. Angesichts der unaufhörlichen Sparpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten ist es wenig erstaunlich, dass heute keine „schmerzlosen“ Sparmassnahmen mehr realisiert werden können. „Low hanging fruits“ gibt es keine mehr; jede Massnahme ist zugleich eine Leistungsabbaumassnahme. Einige der vorgeschlagenen Massnahmen sind für die Grünen nicht tragbar.

Angesichts der eher erfreulichen Konjunktorentwicklung und angesichts der unproblematischen Verschuldung des Kantons Bern ist eine Phase temporärer Defizite bzw. einer beschränkten Neuverschuldung finanzpolitisch problemlos verkraftbar. Die Grünen schlagen daher einen Verzicht auf ein gutes Dutzend Sparmassnahmen vor. Der Spareffekt für das Jahr 2014 wird damit um 83 Mio. Franken verringert; im Jahr 2017 geht es um eine Verringerung des Spareffekts von 122 Mio. Franken. In anderen Worten: Trotz der Ablehnung der krassesten Abbauvorschläge tragen die Grünen das Sparpaket im Jahr 2014 zu 64 Prozent und im Jahr 2017 zu 75 Prozent mit. Die Anträge der Grünen führen für das Jahr 2014 zu einem Defizit von 77 Mio. Franken und einem negativen Finanzierungssaldo (Neuverschuldung) von 59 Mio. Franken. Das ist finanzpolitisch problemlos mach- und verantwortbar.

Die Vorgehensweise der Grünen Kanton Bern ist sozial- und gesellschaftspolitisch verantwortungsbewusst, indem auf Leistungsabbaumassnahmen in den exponiertesten Bereichen verzichtet wird. Die Ablehnung dieser Sparmassnahmen bedeutet im Übrigen nicht, dass sich in diesen Bereichen mittelfristig nicht doch Kostenreduktionen erreichen lassen. Allerdings sollen diese über einen längeren Zeitraum geplant,

mit den betroffenen Institutionen sorgfältig abgesprochen und umfangmässig deutlich reduziert werden.

Die Grünen sind nicht bereit, den Verzicht auf Sparmassnahmen aus Topf 1 mit noch schlimmeren Ersatzsparmassnahmen aus Topf 2 zu kompensieren. Dort, wo von der Finanzkommission Kompensationsmassnahmen vorgeschlagen werden, welche aus Sicht der Grünen nicht tragbar sind, verlangen die Grünen mit Planungserklärungen einen Verzicht auf diese Massnahmen aus Topf 2.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat,  
Tel. 079 263 47 68